

Berliner Tageblatt

Nr. 490

und Handels-Zeitung

Samstag, 16. Oktober 1926

Schreibstube Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Beschlüsse der französischen Radikalen.

Die Spaltung ist vermieden.

Orientierung nach links. — Divisionen für Herriot. — Austritt Franklin-Bouillons. — Sarraut wird Vorführer.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 16. Oktober.

Die letzten Beratungen des radikalen Kongresses haben einige wichtige Entscheidungen gebracht. Es wurde eine Tagesordnung des Radikalen Verbandes angenommen, deren Kernpunkt der Satz ist: „Die sozialistisch-radikale Partei ist bereit, mit allen links-parteilichen Parteien zu arbeiten, die sich aufrichtig mit ihr vereinigen wollen.“ Die Annahme dieser Formel, die ein Zusammengehen mit den Sozialisten ermöglicht, bedeutet eine Niederlage Franklin-Bouillons, der in mehreren Reden gegen die alten Kartellfreunde sprach. Franklin-Bouillon zog die Konsequenz aus diesem Mißerfolg und kündigte sofort seinen Austritt aus dem sozialistisch-radikalen Partei an.

Ein zweites Ergebnis des Kongresses war die siegreiche Rehabilitierung Herriot's vor der Partei. Bei jeder Gelegenheit wurden dem vertriebenen Führer der Partei Divisionen gebracht. Herriot's Erklärungen für seine politische Haltung wurden gebilligt. Wiederholt wurde der Versuch gemacht, den Entschluß Herriot's, das Amt des Vorsitzenden niederzulegen, noch in letzter Stunde zu ändern. Herriot blieb fest. Er will, wie er in einer Rede sagte, sich die Freiheit des Handelns in dieser Lebensperiode nicht beschneiden lassen. Auch als Minister des Kabinetts Poincaré sprach er aber die Hoffnung aus, daß die alte Freundschaft mit den Sozialisten wieder erneuert werden möge.

Zu Herriot nicht Vorführer bleiben will, mußte für den Resten des Präsidenten zwischen Malvy und Sarraut gewählt werden. Malvy hatte zunächst einige Ansichten, aber der linke Flügel der Partei ist gegen ihn, weil Malvy nur als der Schrittmacher für Ceilleux betrachtet wird. Ceilleux aber erscheint den Radikalen, welche den Ansturm mit den Sozialisten suchen, als eine Gefahr. Seine Genügsamkeit und seine Feindschaft mag niemand anzuweisen. Aber seine autoritative Persönlichkeit ist nicht sehr beliebt. Deshalb hat gestern eine Abordnung der wichtigsten Parteimitglieder, zu denen sich auch Herriot gesellte, noch einmal Maurice Sarraut aufgesucht, um ihn zu bitten, das Amt des Vorsitzenden anzunehmen. Sarraut ist kein großer Führer, aber er ist geschickt, zuverlässig und ein geschickter Taktiker. Er war in dieser Stunde der einzige, der die Gegenstände ausgleichen konnte.

Vorläufig kein Streit in Wien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Wien, 16. Oktober.

Der zentrale Aktionsausschuß der Bundesangehörigen hat heute vorläufig beschlossen, mit dem Streit solange zu warten, bis die innerpolitische Lage geklärt ist. Das bedeutet also, daß vorläufig, d. h. vor ungelöster Frage, es keinen Streit geben wird. Denn vor der Klärung der nächsten Woche wird die neue Regierung nicht gebildet sein. Der Reichsparteitag der Großdeutschen Partei ist heute vorläufig zusammengetreten, um die Lage zu beraten und die Frage zu entscheiden, unter welchen Bedingungen die Partei weiter in der Regierungskoalition mit den christlichsozialen bleiben will. Das sie in der Regierung bleiben will, ist keine Frage. Die Gesamtparteileitung der Christlichsozialen ist auf Dienstag zusammenberufen. Vorher sind also keine entscheidenden Entschlüsse zu erwarten.

Falsche Nachrichten aus Russland.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Moskau, 16. Oktober.

Es ist peinlich und blamabel für die deutsche Publizität, daß neuerdings jedesmal, wenn aus Sowjetrussland Nachrichten über die Verfassung der politischen Lage eintreffen, eine große, der Schwereindustrie nachschickende Telegramm-Agentur falsche Nachrichten aus Moskau erfindet, wo sie keinerlei Verankerung besitzt. (Genau ist die Telegramm-Agentur, die Red.) Es ist ein Geldgeber dieser Agentur nachweislich unbekannt, daß damit der Kredit Deutschlands, den es in den Augen des Auslandes als Renner und Interessent des russischen Geschäftes besitzt, erschüttert wird. Letzthin wurde von dieser Stelle gemeldet, daß in Leningrad eine Militärrevolte unter Führung Trotski's ausgedroht sei, jetzt wieder die „bevorstehende Verfassung des russischen Reiches“. Die amerikanischen Agenturen benutzten diese Nachrichten regelmäßig nach Anfrage bei ihren hiesigen Korrespondenten. Die deutsche Journalistik ebenso wie die deutsche Öffentlichkeit dürfen diese Art des Nachrichteneinsatzes nicht dulden.

Die belgische Stabilisierung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 16. Oktober.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, scheinen die Schritte, die der Rabinetminister Francqui, Terlinde, in London unternommen hat, zu einem Erfolg geführt zu haben. Ein Vorabkommen über einen Kredit von 30 Millionen Dollars,

weil niemand etwas gegen ihn zu sagen vermag. Sarraut hat schließlich eingewilligt. Er wird voraussichtlich heute mit großer Mehrheit gewählt werden.

Aus diesen Tatsachen ergibt sich die Schlussfolgerung, daß die stärkste Partei des französischen Parlamentes ihre Politik entschieden nach links zu orientieren wünscht. Die gefährlichste Spaltung ist vorläufig vermieden. Denn das Scheitern Franklin-Bouillons, dem sich nur wenige Genügsamkeiten anhängen dürften, ist für eine entschlossene Linkspartei, eher ein Gewinn als ein Verlust.

Die Urteile der französischen Presse zeigen die Stimmung. Die sozialistisch-radikalen Zeitungen „Le Nouvelliste“ und „L'Unité“ sind zufrieden. Die „Le Nouvelliste“ schreibt: „Das Ergebnis des gestrigen Tages kann man in die Worte zusammenfassen: Das Kartell lebt weiter.“ Im „L'Unité“ sagt der Chefredakteur Bertrand, der an dem Kongreß selbst teilnahm: „Der Bruch der Linksparteien ist gelassen nicht nur nicht eingetreten, sondern der Kongreß von Bordeaux hat das Terrain für ein neues Abkommen vorbereitet. Es ist jetzt Zeit, den Sozialisten zu antworten. Wir zweifeln nicht daran, daß sie in der Mehrheit dem Rufe folgen werden, der an sie ergangen ist.“ Die „Le Nouvelliste“ hätte allerdings gewünscht, daß bei dem Kongreß noch ein anderes Problem gelöst worden wäre: die Fälligkeit der sozialistisch-radikalen Parlamentarier gegenüber der Regierung Poincaré und ihren Sanierungsmethoden. Die Partei kann ihren Vertretern im Parlament nicht die notwendige Disziplin auferlegen, wenn sie keine klaren Grundriss in dieser Angelegenheit aufstellt. Die „L'Unité“, welche die Intervention Herriot's gegen das Kabinett Briand-Gaillaux und Herriot's Eintreten in das Kabinett Poincaré scharf angegriffen hat, ist dagegen mit dem Ergebnis der politischen Debatte nicht zufrieden. Der Sozialist Trotski, der in der „L'Unité“ über den Kongreß schrieb, hält eine Erklärung gegen die Teilnahme radikaler Minister an der Regierung Poincaré für notwendig. Trotski schreibt: „Die Erinnerung an das, was Herriot gegen sich verhandelt die Partei, ihn so zu beurteilen, wie er jetzt ist. Man liebt ihn um seiner Vergangenheit willen, die er durch seine gegenwärtige Haltung verurteilt und verurteilt.“

Die Reichsbanner vertreten natürlich die Ansicht, daß in der radikalen Partei nicht viel geändert ist, und daß eine Erneuerung des Kartells auch nach den Beschlüssen des Kongresses als unmöglich erscheint.

der zur Durchführung und Sicherung der Währungsstabilisierung dienen soll, ist unterzeichnet worden.

Minister Francqui selbst hat Paris erreicht. Er hat den Auftrag, Poincaré über die Ergebnisse der von Belgien eingeleiteten Kreditverhandlungen zu unterrichten. Es ist bisher noch nicht bekannt, ob die Unterredung Francqui mit Poincaré bereits gelassen hatgefunden hat oder erst heute stattfinden wird.

Keine neue Schuldent Konferenz.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 16. Oktober.

Das in Paris vorbereitete Gefühl, daß die britische Regierung eine neue internationale Konferenz in Aussicht zu bringen gedenke, auf der die Fragen der Reparationen und der Kriegsschulden noch einmal zur Sprache kommen sollten, wird in hiesigen amtlichen Kreisen demontiert. Es sei vollkommen klar, daß der gegenwärtige Augenblick für einen solchen Vorstoß durchaus unglücklich gewählt sei würde. Eine derartige Konferenz könne nicht ohne Einwilligung der Vereinigten Staaten abgehalten werden, und es sei unbedenklich, daß Amerika diese jetzt erteilen würde. Zuerst müßten die französischen Schuldabkommen mit England und den Vereinigten Staaten ratifiziert werden, bevor man an weitere Diskussionen denken könne. Von einer baldigen neuen Konferenz sei keine Rede.

Botschafter v. Hoelsch in Berlin.

Der deutsche Botschafter in Paris, v. Hoelsch, der zum Kurgebäude in Riffgen weilt, ist zu Besprechungen mit dem Reichsminister des Auswärtigen in Berlin eingetroffen.

Die nächsten Sitzungen des Völkerbundsrats.

Dezember in Genf, März voraussichtlich in Berlin.

Die nächste Tagung des Völkerbundsrates wird in etwa acht Wochen, im Dezember, stattfinden. Als Tagungsort für diese Dezemberberatung des Völkerbundsrates ist endgültig Genf in Aussicht genommen worden. Tagung soll, wie sich jetzt bestätigt, im März der Völkerbundsrat seine Sitzung in Berlin abhalten. Der Vorstoß für die Dezemberberatung würde nach den allgemeinen Gespinnstheiten Deutschland zuzufallen, da Stefanom im September den ihm zustehenden Vorstoß an Deutschland abgetreten hat! Soweit wir unterrichtet sind, besteht aber in möglichen deutschen Kreisen die Absicht, diesmal zunächst eines anderen Mitgliedes auf den Vorstoß zu verzichten und dann eventuell die Leitung der Verhandlungen, die im März in Berlin stattfinden, zu übernehmen.

Deutschland und Oesterreich.

Doppelte Staatsangehörigkeit.

Von [Redaktion verboten.]

Regierungsrat Dr. Friedrich Hertz.

Dem vollen Zusammenbruch Deutschlands und Oesterreichs sieht heute das Volk einer ganzen Reihe von Staaten entgegen, das bei jeder Gelegenheit mit nicht mihverwehender Schärfe ausgesprochen wird. Die dem Festhalten am Friedensvertrag kann man nur einen moralischen Protest gegenüberstellen, eine Ansicht, auf Verneinerung dieses Standpunktes ist aber in absehbarer Zeit wohl nicht gegeben. Man befindet man sich aber immer mehr, daß noch viele Wege einer Annäherung offenstehen, die einem Einbruch des Auslandes nicht unterliegen. Selbst einer Zoll- und Währungs-gemeinschaft oder Vorzugsabfällen sind nach richtiger Auslegung der Friedensverträge selbst nicht mehr entgegen, wohl aber das Genfer Protokoll, das Oesterreich, um die Sanierungsanleihe zu erhalten, unterzeichnet hat. Dieses Genfer Protokoll bindet aber nur Oesterreich, nicht Deutschland. Dieses kann also Oesterreich ohne weiteres Zollbegünstigungen einräumen, nur können Kompensationen auf demselben Gebiet derzeit nicht gewährt werden, was aber nicht ausschließt, daß solche in anderer Beziehung gefunden werden könnten.

Viel einfacher liegt die Frage der Rechtsangleichung, die ja im Handels- und Wechselrecht schon vor langer Zeit vollzogen wurde; allerdings ist sie durch die spätere Entwicklung teilweise wieder durchbrochen worden. Derselbe müht man sich um eine Angleichung des Strafrechts. Hierbei stellt sich freilich heraus, daß haben und die Rechtsauffassungen doch ziemlich weit auseinandergehen. Vergleichliche Schwierigkeiten lassen sich aber wohl überwinden. Sehr erträulich ist die bereits erzielte Abschaffung des Zwangsangewandten zwischen beiden Staaten. Auch die Erlaubnis zur Annahme oder Beibehaltung von Arbeitsstellen wird jetzt in beiden Staaten eingehend des anderen Staates nicht mehr Schwierigkeit erteilt. Allerdings ist dies aber bloße Hoffnung, die auf keinerlei Vertrag beruht, und daher auch wieder einmal geändert werden könnte. Es bleiben nur noch viele ähnliche Möglichkeiten z. B. in bezug auf Gewerbebetriebe, Steuerwesen, Steuerfragen, Schulwesen.

Es soll auf einen weiteren Weg hingewiesen werden, der bisher noch gar nicht in Betracht gezogen wurde, nämlich auf die Ermöglichung eines doppelten Staatsbürgerschafts. Warum soll man nicht gleichzeitig Staatsbürger sein können? Das Hauptbedenken der Militärschicht ist in der Regel gefommen. Eine falsche Doppelbürgerschaft hätte vor allem eine große moralische Bedeutung, aber es knüpfen sich auch andere Vorteile daran, so das gesicherte Wohnrecht, die dauernd gesicherte Arbeitsstelle, der Anspruch auf Schutz im Auslande, projektive Rechte, Unterhaltungsansprüche, Vorkaufsmöglichkeit, insbesondere aber das Recht auf Teilnahme an politischen Leben, also das aktive und passive Wahlrecht, vorausgesetzt, daß die anderen Bedingungen erfüllt sind. Es können also dann zahlreiche Oesterreich lebende Deutsche bei allen Wahlen mitwirken und einzelne werden auch in den österreichischen Nationalrat gelangen, ohne ihre deutsche Staatsbürgerschaft aufgeben zu müssen. Dasselbe wäre bei Oesterreichern in Deutschland der Fall. Dem parlamentarischen Leben wäre es gewiß förderlich, wenn einzelne Persönlichkeiten in die Volksvertretungen eintreten würden, die in der geistigen Atmosphäre des Vaterlandes aufgewachsen sind und seine historisch ausgebildeten wertvollen Besonderheiten besitzen. In konkreten Fragen zeigt sich immer wieder, daß zwischen Reichsdeutschen und Oesterreichern nicht unverticliche Verständigungen der Denkgewohnheiten vorliegen. Jeder Zeit ist nun geneigt, seine eigene Denkwiese zu überherrschen. Insbesondere muß ganz offen gesagt werden, daß sich viele Reichsdeutsche gar nicht erst Mühe geben, ihre ziemlich geringfügigen Urteile über wirtschaftliche oder vermeintliche österreichische Eigenheiten zu verbergen, während oft Oesterreicher eine Art von „Kulturhölz“ hervorkehren, der lächerlich ist. Wenn nun im Parlament jedes Staates auch einige glänzend gewählte Exemplare aus dem Nachbarvolk zu finden wären, so würde dies haben und drüber wohlthätige Folgen haben. Allerdings dürfen es nicht gerade Leute vom Schlage Hitler's sein, um den sich ja ein ähnlicher Wettkampf, wie einst in Gelas um die Wiege Homers, zwischen Deutschland und Oesterreich entsponnen hat — nur in negativer Beziehung. In Oesterreich hätte übrigens Hitler wahrscheinlich gar keine Rolle gespielt.

Der Gedanke der doppelten Staatsangehörigkeit ist übrigens keineswegs neu. Es hat stets zahlreiche Vorklässe mitgenommen, hauptsächlich aus dem Grunde, weil die Vorschriften der einzelnen Staaten über Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit nicht übereinstimmen. (Vergl. hierüber die Skizze von Weisbach in „Festschrift-Strupp“, „Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie“, 1925, 2. Band.) Man hat aber bisher derartige Fälle überwiegend als unerwünscht angesehen und hat versucht, sie einzuschränken. In Deutschland gilt heute das Gesetz vom 22. Juli 1913, in Oesterreich das Gesetz vom 30. Juli 1925. In beiden Staaten kann hiernach den eigenen Staatsangehörigen, der eine fremde Staatsbürgerschaft erwirbt, die Beibehaltung der eigenen Staatsbürgerschaft in besonderen Fällen die Einbürgerung fremder Staatsangehöriger unter Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit. Ein besonderes Verfügungs-gesetz bestimmt, daß insbesondere Hochschullehrer durch Berufung auf eine österreichische Hochschule ohne